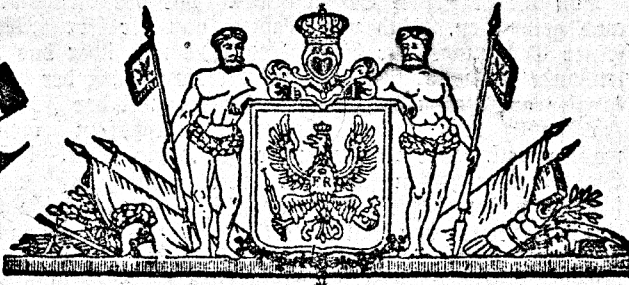


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-28, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-28

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Wirths Steuerprogramm.

Von
Georg Bernhard.

Der Reichskanzler und Reichsfinanzminister hat gestern im Reparationsausschuss des Reichstages sein Steuerprogramm entwickelt. Seine Reichstagsrede wird auf der zweiten Beilage der heutigen Ausgabe im Wortlaut abgedruckt. Ihre Bedeutung besteht nicht in erster Linie darin, daß sie irgendwelche neuen finanzpolitischen Ideen zutage fördert. Man kann im Gegenteil sagen, daß frühere Reden des Reichsfinanzministers Wirth, die eingehend die Notwendigkeit begründeten, die Steuerpolitik des zusammengebrochenen Deutschlands wirtschaftspolitisch ganz neu zu orientieren und zu fundieren, wesentlich tiefer in die Probleme eindringen, als es diesmal der Reichskanzler Wirth tat. Das war sicher kein Zufall. Denn die Politik trübt die klare Sachlichkeit und schwächt den Willen zur Konsequenz. Es liegt uns fern, zu behaupten, daß der Reichsfinanzminister Wirth von einst in seinen Zielen anderes erstrebte, als der Reichsfinanzminister Wirth von heute. Aber wenn er heute seine Ideen vorträgt, so tut er es als verantwortlicher Kabinettschef, der in erster Linie darauf Rücksicht nimmt, seine Mehrheit zu erhalten, und den Gegnern seiner Außenpolitik nicht Gelegenheit zu geben, finanzpolitische Gegensätze für ihre Zwecke auszunutzen.

Daher wurde gestern von dem Kanzler die politische Rechtfertigung seines Programms in den Vordergrund gestellt. Und er fand sie wesentlich in der Betonung der Gleichmäßigkeit, mit der der ungeheure Finanzbedarf des Reiches durch direkte und indirekte Steuern aufgebracht werden soll. Der Reichskanzler selbst empfindet freilich mit Recht, daß seit den Tagen, wo er und seine Altersgenossen den Worten der klassischen Lehrer der Finanzwissenschaft lauschten, die scharfe Trennung zwischen direkten und indirekten Steuern sich wesentlich verwischt hat. Aber immerhin: diese Begriffe haben noch während der letzten Jahre in der politischen Agitation eine so große Rolle gespielt, daß die Parteien jetzt nicht so plöglig von den so eifrig benutzten Schlagworten loskommen können. Und deshalb ist leider auch der Reichskanzler und Finanzminister Wirth gegen seine bessere Ueberzeugung aus Parteigründen gezwungen, für jede Milliarde indirekter Steuern eine Milliarde irgendeiner direkten Steuerquelle abzugreifen. Auf diese Weise kommt dann ein Steuerbuckel zustande, das sich auf dem Papier in seiner gleichmäßigen Verteilung auf Gerechte und Ungerechte wunderhübsch ausnimmt. In der Praxis wird es natürlich ganz anders aussehen, denn die indirekten Steuern werden nicht ohne Einfluß auf die Einkommens- und Vermögensbildung bleiben und dadurch die Ertragsfähigkeit der direkten Steuern beeinträchtigen, während andererseits z. B. die Umsatzsteuer mit jeder weiteren Geldentwertung an Ertrag zunehmen muß. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sehr bald das Schwergewicht der zukünftigen Steuervermehrung sich automatisch nach der Seite der direkten Steuer neigen wird.

Aber es fragt sich überhaupt, ob das Exempel, das der Reichsfinanzminister ausgerechnet hat, schließlich auch wirklich stimmt. Bringen die Steuern den Ertrag, den wir brauchen? Die Vorfrage ist: Wieviel wird überhaupt gebraucht? Schon in der Beantwortung dieser Vorfrage können wir dem Finanzminister nicht reslos zustimmen. Er entwickelte gestern hier einen Optimismus, der nicht überall im Lande geteilt werden wird, selbst nicht von denen, die sich an und für sich darüber freuen, daß ein Finanzminister von Optimismus befeelt ist. Wenn man die Gesamtheit der Etatssummen addiert, die aufgebracht werden müssen, so ergeben sich: rund fünf Milliarden Defizit beim ordentlichen Etat, etwa 49 Milliarden Fehlbetrag im außerordentlichen Budget, und schließlich die Reparationslast von allem in allem etwa 3 1/2 Milliarden Goldmark. Bisher ist aus diesen drei Posten ein Gesamtbetrag von rund 100—110 Milliarden Papier als Deckungsnotwendigkeit errechnet worden. Der Reichsfinanzminister rechnet wesentlich anders. Zum Teil mit Recht, zum Teil mit Unrecht. Mit Recht, wenn er darauf hinweist, daß in seiner derzeitigen Zusammenfassung im außerordentlichen Budget recht erhebliche Posten stecken, die für die Dauer ins Reparationsbudget fallen, und die man daher nicht an zwei Stellen, also doppelt, in Rechnung setzen dürfe. Mit einem Schein von Recht, wenn er darauf hinweist, daß die Beträge für Lebensmittelzuschüsse und die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen nicht dauernden Charakter tragen, daher nicht durch Steuern gedeckt zu werden brauchen, sondern durch Anleihen aufgebracht werden könnten. In Wirklichkeit müssen Lebensmittelzuschüsse — wie überhaupt alle Verbilligungsaktionen in der heutigen Zeit — unbedingt, wenn man sie überhaupt beibehalten will, aus Steuern bestritten werden. Unrecht aber hat unser Erachtens der Kanzler, wenn er auch weitere Posten des außerordentlichen Budgets durch Anleihen statt durch Steuern aufzubringen für möglich hält. Auch in dieser Beziehung sind die alten Lehren der Finanzwissenschaft nicht mehr anwendbar. Denn heute, wo die Ausgabe fundierender Anleihen unmöglich geworden ist, bedeutet jede Ausgabenbedeckung auf dem Wege der Anleihe eine Vermehrung der schwe-

Anleihe-Verhandlungen in Amerika?

Die beschlagnahmten deutschen Werte.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* New York, 6. Juli.

In New Yorker Finanzkreisen zirkuliert, wie „Chicago Tribune“ meldet, das Gerücht, daß Deutschland demnächst Amerika Eröffnungen wegen der Aufnahme einer Anleihe machen werde, doch leugnen die offiziellen Mitglieder von Wallstreet, eine diesbezügliche Information erhalten zu haben. Man glaubt indessen zu wissen, Deutschland wünsche, daß die in Amerika beschlagnahmten deutschen Güter der Aufsicht eines Rates deutscher und amerikanischer Kuratoren übergeben werden sollen, die auf Lebenszeit ernannt werden sollen. Dies würde die Ausgabe einer Anleihe von 800 Millionen Dollars gestatten, die durch Privatbanken garantiert werden würden. Es verlautet, daß Deutschland in dieser Richtung die Zustimmung verschiedener Banken und verschiedener deutscher Eigentümer erhalten habe, deren Güter in Amerika beschlagnahmt worden sind.

Die Bankiers seien dieser Lösung nicht abgeneigt, unter der Voraussetzung, daß die finanziellen Operationen zur Basis den Dollar und nicht die deutsche Mark haben werden. Der Fortgang der Verhandlungen hängt von der Haltung Washingtons ab.

Es wird versichert, ohne daß indessen dafür eine offizielle Bestätigung vorliegt, daß Staatssekretär Hughes gegenwärtig an der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland arbeitet.

Der deutsch-amerikanische Vertrag.

Ein Entwurf von Hughes.

New York, 6. Juli. (W. T. B.)

Nach Meldungen aus Washington haben Harding und Hughes gestern eine Besprechung über die durch die Annahme der Friedensresolution geschaffenen Lage abgehalten. Hughes soll über den Entwurf eines Vertrages zur Regelung aller deutsch-amerikanischen Probleme berichtet haben. Dieser Vertrag soll alle aus den Waffenstillstand und dem Versailler Vertrag sich ergebenden amerikanischen Rechte wahren.

In Beantwortung einer Anfrage im Unterhause erklärte Chamberlain, er hätte keine Bestätigung der Blätternachricht erhalten, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht habe, die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuführen.

Loucheur über die Reparationen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 6. Juli.

Die Vereinigten Senatsausschüsse für Finanzen und für Auswärtiges haben heute nachmittag unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten Poincaré Regierungserklärungen über folgende Punkte angehört:

1. Ueber die im Gange befindlichen Verhandlungen bezüglich der deutschen Lieferungen in natura für die kriegsverwüsteten Gebiete.
2. Ueber die Orientfrage.
3. Ueber eine amerikanische Anleihe.
4. Ueber die offiziellen Telegramme und die Bemühungen der Regierung hinsichtlich der Unterstützung der „Banque industrielle de Chine“.

Ueber den ersten Punkt sprach nicht Briand selbst, sondern Wiederaufbauminister Loucheur. Er setzte in längeren Ausführungen das von ihm in Aussicht genommene System auseinander,

henden Schuld, d. h. also eine weitere Tätigkeit der Notenpresse, Vermehrung des Notenumlaufes aber bedeutet weitere Geldentwertung, weitere Preissteigerung, und somit weitere Belastung des Budgets auf der Ausgabenseite.

Aber noch nach einer anderen Richtung hin war der Reichsfinanzminister bei der Feststellung des Ausgabenbedarfes reichlich optimistisch. Für die Papierbewertung des Reparationsbudgets kommt alles darauf an, zu welcher Relation man Goldmark in Papiermark umrechnet. Der Reichskanzler legte dafür das Verhältnis 1:10 zugrunde. Das entspricht etwa der augenblicklichen inneren Kaufkraft der Mark. Soweit es sich um denjenigen Teil der Reparationslast handelt, der in

das er in den Verhandlungen in Wiesbaden und Paris zur Annahme zu bringen versuchte. Dieses System besteht im wesentlichen darin, in engster Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages von Versailles ebenso wie mit Zustimmung und unter Berücksichtigung der Interessen aller Alliierten von Deutschland Wiedergutmachung in natura zu verlangen, welche dieses selbst zu liefern sich bereit und daran interessiert zu sein erklärt hat.

Es scheint, daß Minister Rathenau sich vollständige Rücksicht von dieser internationalen Notwendigkeit und von dem Interesse Deutschlands an der Lösung dieser Frage gegeben habe, so daß die Berliner Regierung wohl dazu gelangen werde, für beide Teile günstige Anerbietungen für eine Regelung zu machen.

Wie verlautet, beabsichtigt der französische Wiederaufbauminister die Schaffung zweier Organisationen, einer deutschen und einer französischen, um die Natural-Lieferungen zu ordnen und durchzuführen. Auf keinen Fall sollen die Lieferungen eine Vervollständigung durch die Zahlung in ausländischen Devisen und in Goldmark ausschließen. Bezüglich dieses Punktes scheinen bei den Wiesbadener Verhandlungen die beiden Minister dahin übereingekommen zu sein, daß von den 52 Hundertstel der Jahresleistung, die Frankreich zusteht, ungefähr 5 Achetel in natura geliefert werden könnten, und zwar nach vorherigen gegenseitigen Vereinbarungen und nach vorherigem Beschluß der französischen Regierung.

Der „Temps“ berichtet, daß die deutschen Verhandlungen über die Ersetzung der „Restitution“ (das heißt der Rücklieferung während der deutschen Besetzung verschwundener Gegenstände aller Art) durch „Substitution“ neuen Materials oder einfache Ersetzung des Wertes zu Vereinbarungen mit Belgien, Jugoslawien, Polen und Rumänien geführt haben, die jetzt vom Wiedergutmachungsausschuss genehmigt wurden. Die Verhandlungen mit anderen verbündeten Mächten dauern fort und werden, dem genannten Blatt zufolge, voraussichtlich gleichfalls zu dem erstrebten Abschluß gelangen. Die „Substitution“ werde gleich den „Restitutionen“ mit Priorität vor den sonstigen Wiedergutmachungsleistungen ausgeführt werden. — Der Wiedergutmachungsausschuss hat die Goldausfuhr aus Deutschland für Summen von weniger als 10 000 M. gestattet.

Die Botschafterkonferenz hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der hauptsächlich das bevorstehende Inkrafttreten des Vertrages von Trianon erörtert wurde.

Briand und die Sanktionen.

Ein unrichtiges Zitat.

Wl Paris, 6. Juli.

Ueber die Erklärungen Briands vor den vereinigten Senatsausschüssen, ist zur Stunde noch nichts bekannt geworden. Man nimmt aber an, daß er auch über Oberschlesien gesprochen hat.

Bei dieser Gelegenheit sei betont, daß die Beratungen der Parlamentsausschüsse auch in Frankreich vertraulich sind. Im allgemeinen wird der Presse ein Communiqué darüber zugestellt. Was sonst über den Verlauf der Beratungen in der Presse erscheint, beruht auf Indiskretionen und ist deshalb mit Vorsicht aufzunehmen. So haben die Pariser Blätter vor einiger Zeit berichtet, Briand habe in einer Ausschussung erklärt, die Sanktionen müßten aufrecht erhalten bleiben, damit die Gegner des Kabinetts Wirth nicht durch zu großes Entgegenkommen Frankreichs ermutigt werden. Briand hat derartige, wie mir an zuständiger Stelle verifiziert wurde, tatsächlich niemals erklärt. Die falschen Mitteilungen der hiesigen Presse sind allerdings nicht dementiert worden, da ebenso über die vertraulichen Ausschussberatungen amtliche Mitteilungen außer dem vereinbarten Communiqué in keiner Form gemacht werden sollen.

Warenlieferungen abgegolten werden kann, mag die vom Reichskanzler benutzte Relation Verechtigung haben. Möglich, daß im Durchschnitt der Jahre dieses Verhältnis auch für die wirklichen Goldzahlungen einmal wird erreicht werden können. Aber augenblicklich, wo der Dollar 75 notiert, mithin beinahe das Achtzehnfache des Friedenspreises kostet, muß man selbst als Optimist die Goldmark mindestens mit 14 multiplizieren, um die Papiermark selbst für den Durchschnitt der nächsten Zeit richtig zu errechnen. Gegenüber dem Gesamtbedarf an Steuern von 47 Milliarden, wie ihn der Kanzler errechnet, kommt man dann bei vorsichtiger Bewertung zu einem tatsächlichen Mindestbedarf von etwa 70 Milliarden. Also fast